

gymnasium

DIE ZEITSCHRIFT DER AHS-GEWERKSCHAFT

März 2026 / 75. Jahrgang / Nr. 2



ÖFFENTLICHER DIENST



GEWERKSCHAFT

Ein Blick zurück

Vorsitzender HR Mag. Herbert Weiß blickt auf mehr als fünfzehn Jahre in einer Spitzenfunktion in der AHS-Gewerkschaft zurück.

Sprachlos in die Zukunft?

Es klingt für Menschen, die mit Schule wenig zu tun haben, effizient, fast alternativlos: „Stundenreduktion“, „Verschlankung der Lehrpläne“, „Fokus auf Zukunftskompetenzen“. In den Stundentafeln der AHS-Oberstufe wird geschoben, gestrichen und neu etikettiert. Und irgendwo zwischen Künstlicher Intelligenz und Medienbildung verlieren die Sprachen ein paar Stunden. Nicht viel, heißt es. Nur ein bisschen. Besonders soll es Latein treffen, jene Sprache, die sich – so meinen anscheinend manche – weil tot, nicht mehr wehren kann.

Pikant ist dabei, dass BM Wiederkehr mit diesen Vorgaben ausgerechnet das Gegenteil von dem umsetzt, was er sonst gerne predigt. Statt mehr soll es plötzlich deutlich weniger Schulautonomie geben.

Wiederkehr sendet ein fatales bildungspolitisches Signal: Sprache darf bleiben, solange sie nicht zu viel Zeit braucht. Wer genau hinhört, merkt schnell, dass

es nicht um Latein allein geht. Es geht um die Frage, wie viel sprachliche Bildung wir uns noch leisten wollen. Denn Sprachen sind lästig. Sie brauchen Übung, Wiederholung, Geduld. Wer Texte verstehen will, muss sinnerfassend lesen können. Wer argumentieren will, muss Worte finden. Und wer denken will, muss sich sprachlich anstrengen.

Während Algorithmen Antworten liefern und Apps Lernprozesse optimieren sollen, wird die Zeit für jene Fächer gekürzt, die genau das trainieren, was Maschinen (noch) nicht können: Sinn erfassen, Bedeutungen abwägen, Zwischentöne erkennen.

Viele fragen sich: Wenn heute Latein und andere Sprachen in der Oberstufe gekürzt werden, welches Fach folgt morgen? Und welches weitere Fach übermorgen? Bildungspolitik nach dem Domino-Prinzip? Schwierig wird es sein, später zu erklären, warum plötzlich niemand mehr die richtigen Worte findet.

Mogelpackung

Bildungsminister Wiederkehr hat Ende Jänner wieder einmal aufgezeigt, wo seine Stärken liegen – und wo nicht. In der Kenntnis der aktuellen Situation an Österreichs Schulen liegen sie leider nicht. Anzeichen dafür, dass er daran arbeitet, diese zu verbessern, lassen sich nicht erkennen. Jedenfalls verzichtet er dazu auf die Unterstützung durch die Landesvertretung der Lehrer:innen. Statt mit uns geplante Maßnahmen zu diskutieren und gemeinsam an sinnvollen Lösungen zu arbeiten, richtet er uns über die Medien aus, welche „Reformen“ bevorstünden. Er setzt dabei auf seine vermeintliche Wirkung als Liebling der Medien bzw. der Bevölkerung. Aus seiner Sicht mag es schlau erscheinen, wie der amerikanische Präsident bevorzugt über die Medien zu agieren, für die Schulen ist dies aber der denkbar schlechteste Weg.

In den letzten Jahren wurde es üblich, sich mit den Betroffenen bzw. ihrer Vertretung an einen Tisch zu setzen und über geplante Reformen zu verhandeln. Dass das ein guter Weg war, sieht man an den vielen Reformen, die ohne mediales Aufsehen auf den Weg gebracht wurden. Für Außenstehende mag dadurch vielleicht der Eindruck entstanden sein, dass sich an unseren Schulen „seit Maria Theresia“ nichts geändert hätte, wie man in Medien immer wieder liest. In Wahrheit waren Verhandlungen aber der richtige Weg. Das werden all jene bestätigen, die sich mit unserem Schulwesen wirklich auskennen. Anders sah es mit jenen Änderungen aus, die gegen den begründeten Widerstand der Gewerkschaft durchgeboxt wurden. Konkret nenne ich hier das neue Dienstrecht für Lehrer:innen und die Pädagog:innenbildung neu. Diese Reformen, unter denen unsere jungen Kolleg:innen noch heute leiden, sind ein nicht unwesentlicher Grund für den aktuellen Mangel an Lehrkräften an unseren Schulen.

Statt dort anzusetzen, wo dringender Handlungsbedarf besteht, kündigt der Bildungsminister nun eine „Reform“ an, die Kürzungen in Latein, mehr KI im Unterricht und das neue Fach „Demokratie“ bringen sollte. Wenn man aber verschweigt, dass damit auch Kürzungen in anderen Fremdsprachen verbunden sind, darf man sich nicht wundern, dass selbst Außenstehende das als Mogelpackung durchschauen. Noch schlimmer finde ich, dass behauptet wird, damit die Schulautonomie zu stärken. In Wahrheit ist genau das Gegenteil der Fall. Die Neuerungen führen zur Einschränkung schulautonomer Gegenstände, in deren Entwicklung die Schulen im Interesse ihrer Schüler:innen in den letzten Jahren viel Zeit und Energie investiert haben. Zugleich wird der seit Jahren intensiv vorbereitete fertige neue



Mag. Herbert Weiß
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft



22

Inhalt

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die
Nr. 3/2026: 15.4.2026

4	top thema Ein Blick zurück Mag. Herbert Weiß
8	gut zu wissen Prüfungstaxen 2025/2026 Mag. Georg Stockinger
10	landesleitung aktiv 19. Landtag der AHS-Gewerkschaft Niederösterreich und Burgenland Mag. ^a Eva Guserle, Mag. Matthias Federer
13	gut zu wissen Familienleistungen 2026 Mag. ^a Andrea Meiser
14	pressespiegel Was die anderen sagen – Stimmen aus Presse und Medien zur aktuellen Bildungspolitik
19	im fokus Pädagog:innenbildung in Zahlen Mag. ^a Anna Gring
22	personalvertretung Zusammenarbeit Schulleitung und Direktion Mag. ^a Eva Guserle
23	aktuelle seite Offener Brief an Herrn Bundesminister Wiederkehr Mag. Herbert Weiß

FOTOS: GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO, MANUEL HORN

Ein Blick zurück

Das Auslaufen meiner Zeit als Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft im Mai dieses Jahres gibt mir Anlass, auf mehr als fünfzehn Jahre zurückzublicken, in denen ich eine Spitzenfunktion in der AHS-Gewerkschaft innehatte.

Am 29. November 2010 übernahm ich von Eckehard Quin die Funktionen des Vorsitzenden-Stellvertreters und des Besoldungsreferenten. Ich konnte in der Zeit als Eckehards Stellvertreter viel von ihm lernen, wovon ich noch heute profitiere. Im Gegensatz zu anderen, die mich bald als seinen Nachfolger gesehen haben, war das bei mir nie der Fall, und ich habe diese Funktion von meiner Seite auch nie angestrebt.

Am 15. Oktober 2016 bin ich Eckehard Quin dann aber doch als Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft nachgefolgt. Ich bin damit in große Fußstapfen getreten, habe diese ehrenvolle und durchaus herausfordernde Funktion mit Freude und Engagement ausgeübt und immer wieder positive Rückmeldungen zu meiner Tätigkeit erhalten, für die ich dankbar war und bin.

Schulreformen und gewerkschaftliche Einflussnahme

Im Editorial dieser Ausgabe unserer Zeitung nehme ich kurz darauf Bezug, dass unsere Schulen durchaus ständige Änderungen erfahren. Hier möchte ich näher darauf eingehen. Viele dieser Änderungen wurden auf unsere Initiative hin, der Großteil mit unserer Zustimmung und nur wenige gegen unseren Willen beschlossen.

Über den Bereich der Schulen hinaus hat die GÖD in den letzten eineinhalb Jahrzehnten viele Verbesserungen erreicht. Dafür bin ich den Verhandlungsteams der GÖD sehr dankbar. Aus Platzgründen werde ich hier aber hauptsächlich auf jene Änderungen eingehen, die die Schulen bzw. uns Lehrer:innen direkt betreffen.

Im Frühjahr 2011 ging ein Gesetzesentwurf zur „modularen Oberstufe“ in Begutachtung. Wir hatten uns von Anfang an gegen diese „Innovation“ gewehrt und es in zähen Verhandlungen auf verschiedenen Ebenen

geschafft, aus einem inferioren Entwurf ein lebbares Modell werden zu lassen.

Dass wir die „neue Oberstufe“ (NOST) schlussendlich in die Autonomie verlagern konnten, hat uns lange Zeit niemand zugetraut. Einen wesentlichen Anteil daran hatte der damalige Bildungsminister o. Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann, der im Gegensatz zu vielen seiner Vorgänger:innen und Nachfolger:innen stets ein offenes Ohr für unsere Anliegen und Argumente hatte. Er hat die NOST zuerst in „semestrierte Oberstufe“ (SOST) umbenannt und sie im Jahr 2022 in die Autonomie verlagert. Im selben Jahr konnten wir dann auch noch erreichen, dass die individuelle Lernbegleitung ab der 10. Schulstufe von allen zumindest dreijährigen mittleren und höheren Schulen, also unabhängig von der SOST, angeboten werden kann.

In der Vorgangsweise der Regierung bei der Einführung des neuen Lehrer:innendienstrechts sehen wohl viele von uns Parallelen zur Vorgangsweise des aktuellen Bildungsministers. Im Mai 2012 bekamen die Vorsitzenden der fünf Lehrer:innengewerkschaften wenigstens einen als „Vorentwurf“ deklarierten 26-seitigen Gesetzestext, mit dem zehn Gesetze geändert bzw. aufgehoben werden sollten. Vereinbart wurde, über den Inhalt vorerst Stillschweigen zu bewahren. Schon am nächsten Tag lachten uns aber aus einer bunten, kleinformatischen Zeitung Inhalte des Textes entgegen, die wir selbst noch gar nicht vollständig hatten lesen können. In etlichen Zeitungen wurden wörtliche Passagen abgedruckt (inkl. Faksimile). Diese Episode zeigt, mit welcher „Wertschätzung“ gegenüber den Lehrer:innengewerkschaften BM Heinisch-Hosek als „Beamtenministerin“ und BM Schmied als Unterrichtsministerin in die Verhandlungen gingen. Das neue Lehrer:innendienstrecht wurde im Dezember 2013 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Die Regierung hatte unter Bruch der Sozialpartnerschaft ein Dienstrecht durchgeboxt, das von allen Lehrer:innengewerkschaften abgelehnt wurde. Ich möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass durch unseren intensiven Kontakt mit Parlamentarier:innen des Verfassungsausschusses im Vergleich zum Begutachtungsentwurf einiges positiv verändert werden konnte. Diese zuletzt noch erreichten Verbesserungen



Mag. Herbert Weiß
Vorsitzender der
AHS-Gewerkschaft



gerne für Sie da:
herbert.weiss@goed.at



Die Nachteile, die sich für unsere jungen Kolleg:innen durch das neue Dienstrecht ergeben, sind zusammen mit der missglückten „Pädagog:innenbildung neu“ wohl die Hauptgründe für den aktuellen Mangel an Lehrpersonen.

waren jedoch bei weitem nicht ausreichend, um die Zustimmung der Gewerkschaft zum neuen Dienstrecht zu bewirken. Jedenfalls konnten wir in dieser kurzen Zeit mehr bewegen als in den eineinhalb Jahren Verhandlungen zuvor.

Die Nachteile, die sich für unsere jungen Kolleg:innen durch das neue Dienstrecht ergeben, sind zusammen mit der missglückten „Pädagog:innenbildung neu“ wohl die Hauptgründe für den aktuellen Mangel an Lehrpersonen. An Verbesserungen für die Kolleg:innen im neuen Dienstrecht arbeiten wir ständig und haben dabei auch Teilerfolge erzielt. Der für den AHS-Bereich unter bestimmten Bedingungen im Jahr 2023 ermöglichte Einsatz von Kolleg:innen im pd-Schema in der Tagesbetreuung wurde ursprünglich bis einschließlich Schuljahr 2024/25 befristet. Im Vorjahr wurde das auf unser Drängen hin auf 2026/27 geändert. Für die Kol-

leg:innen in der Induktionsphase konnte erreicht werden, dass sie zu keinem fachfremden Unterricht, keinen Mehrdienstleistungen und zu keiner KV-Tätigkeit verpflichtet werden dürfen. Im Jahr 2025 konnten wir auch noch Erleichterungen für jene Kolleg:innen erzielen, die sich in der Masterausbildung befinden. Sie betreffen folgende Punkte:

- Verwendung der Vertragslehrperson nur bis zum Umfang einer halben Unterrichtsverpflichtung, außer auf Antrag der betreffenden Lehrperson;
- Einteilung zur KV-Tätigkeit nur im Einvernehmen;
- Verwendung nur in den Unterrichtsgegenständen, in welchen sie über die Lehrbefähigung verfügen.

Uns ist natürlich bewusst, dass die angeführten Punkte bei weitem nicht genug sind. Wir brauchen weitere Verbesserungen für unsere jungen Kolleg:innen. Aus meiner Sicht wäre das Optionsrecht zwischen dem alten und dem neuen Dienstrecht ein guter Weg dazu. Wir werden weiter darum kämpfen.

Dem Bildungsreformgesetz 2017 gingen intensive und teilweise auch sehr hitzig geführte Verhandlungen voraus. Leider war der Dienstgeber nicht für unsere Argumente zugänglich. Unter den Auswirkungen dieses Gesetzes leiden wir in manchen Bereichen noch heute. Für die AHS bedeutet die Reform nach wie vor, dass uns bzw. den Direktor:innen z. B. auf Ebene der Schulqualitätsmanager:innen nur wenige Personen mit

FOTOS: MANUEL HORN, WILLOWPIX/GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO

wirklicher Expertise für unsere Schulart gegenüberstehen. Allerdings konnten wir im Rahmen dieser Gesetzesänderung auch durchsetzen, dass pd-Lehrer:innen in ihrer Berufskarriere maximal fünf Jahre hindurch befristete Verträge haben können. Vorher mussten diese befristeten Verträge **direkt aufeinander** folgen.

Reifeprüfung und Lehrpläne im Wandel

Auch bei der Reifeprüfung gab es zahlreiche Änderungen. Im Jahr 2017 wurde auf unser Bestreben hin ermöglicht, die Anzahl der Themenbereiche für die mündliche Reifeprüfung zu reduzieren. Im Rahmen der Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie wurde die Einbeziehung der Jahresnote bei der Reifeprüfung eingeführt. Während diese bei der schriftlichen Reifeprüfung recht wenig Widerstand aus dem Kreis der Kolleg:innen hervorrief, sieht das bei der mündlichen Reifeprüfung verständlicherweise ganz anders aus. Dort müssen laut Leistungsbeurteilungsverordnung für abschließende Prüfungen die Kandidat:innen ja nur an der jeweiligen Teilprüfung mitwirken, um von der Einberechnung der Jahresnote zu profitieren. Noch dazu hat das Bundesverwaltungsgericht befunden, dass selbst bei einer (theoretischen) Beantwortungsquote von null Prozent eine Einbeziehung der Jahresnote in die Gesamtnote zu erfolgen hat, sofern Prüfungskandidat:innen nicht die Mitwirkung verweigern, etwa indem sie der Prüfung fernbleiben oder keine im Zusammenhang mit den Fragen stehende Antworten geben. Dass damit dem Spekulieren Tür und Tor geöffnet wird, kann wohl niemanden verwundern. Obwohl schon mehrmals Verbesserungen angekündigt bzw. entsprechende Gesetzestexte vorgelegt wurden, harren diese noch immer der Umsetzung.

Bildungsminister ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek setzte im Frühjahr 2024 eine Arbeitsgruppe ein, die Vorschläge für die Neugestaltung erarbeiten sollte. Danach ging es sehr rasch. Die vorgeschlagenen Neuerungen wurden schon für das Schuljahr 2024/25 beschlossen. Die „vorwissenschaftliche Arbeit“ wurde zur „abschließenden Arbeit“, bei der sich die Kandidat:innen für einen forschenden, einen gestalterischen oder einen künstlerischen Zugang entscheiden können. Als Mitglied der dazu eingerichteten Arbeitsgruppe kann ich aus erster Hand berichten, dass wir uns für die Freiwilligkeit und die neuen Formate ausgesprochen haben. Inzwischen scheinen sich die neuen Formate etabliert zu haben, für die wir eine Pilotphase vorgeschlagen hatten. Der Wermutstropfen bei den Regelungen liegt für mich darin, dass die Abwahlmöglichkeit bis einschließlich des Schuljahres 2028/29 befristet ist. Eine geplante Neuerung betrifft nur die Mathematik. Die Beratungsgruppe Mathematik, der ich auf Initiative

des damaligen Bildungsministers o. Univ.-Prof. Dr. Faßmann in der Anfangsphase angehört habe, hat einen Plan erarbeitet, der schlussendlich ab dem Schuljahr 2030/31 einen technologiefreien Teil bei der schriftlichen Reifeprüfung vorsieht. Ich begrüße dieses Vorhaben sehr. Die Maßnahme bedeutet nämlich keinen Rückschritt, wie von einigen Kritiker:innen fälschlich behauptet. Mit dieser Neuerung und der in den neuen Lehrplänen verankerten Vorbereitung darauf können wir unsere Absolvent:innen nämlich besser auf die Anforderungen an den Universitäten vorbereiten.

Krise, Digitalisierung und neue Belastungen

An die Corona-Jahre erinnern wir uns wohl alle nicht gerne zurück. Die Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie umfassten unter anderem Homeschooling, Hybridunterricht, Testungen und weitere Schutzmaßnahmen. Für mich war diese Zeit eine der arbeitsintensivsten in meiner Tätigkeit. Es gab fast ständig Beratungen über anstehende Maßnahmen bzw. deren Rückbau. Dazu kamen die Rückmeldungen aus dem Kreis der Kolleg:innen, die in konträre Richtungen gingen. Die einen fühlten sich durch die Maßnahmen nicht ausreichend geschützt, während andere alle Schutzmaßnahmen generell ablehnten. Manche haben uns aufgrund unserer zahlreichen Aussendungen vorgeworfen, wir wären Erfüllungsgehilfen des Ministeriums, viele Kolleg:innen und auch Schulleiter:innen haben uns aber immer wieder dafür gedankt, dass sie durch uns rechtzeitig informiert wurden, während die Informationen über die offiziellen Kanäle oft Tage und damit viel zu lang gebraucht haben. Insgesamt haben wir diese Zeit aus meiner Sicht gut bewältigt – auch dank eines Bildungsministers, der mit uns den Dialog gesucht hat.

Durch das Homeschooling ist die schlechte Ausstattung der Schüler:innen, aber auch der Schulen im IT-Bereich verstärkt zutage getreten. In den Schulen hat es inzwischen viele Verbesserungen bei der Infrastruktur gegeben. Die Schüler:innen bekommen im Rahmen der „Geräteinitiative“ digitale Endgeräte, für

Seit dem Jahre 2022 stellt die durch den Ukraine-Krieg verursachte Flüchtlingswelle viele Schulen vor noch größere Herausforderungen, da dadurch das Problem der mangelnden Deutschkenntnisse von Schüler:innen noch verschärft wird.

die die Eltern nur einen geringen finanziellen Beitrag leisten müssen. Der Jugendschutz auf diesen Geräten soll in den nächsten Monaten auch außerhalb der Schulnetzwerke verbessert werden können. Die dafür nötige Gesetzesänderung ist aber erst in Ausarbeitung. Am Beginn dieser Initiative wurden die Schulen auch mit zusätzlichen Geräten für Lehrer:innen ausgestattet. Da diese zu einem großen Teil schon in die Jahre gekommen sind, wird der Ruf nach Ersatz immer lauter. Die Meinungen aus dem Kreis der Kolleg:innen gehen aber auch hier auseinander. Während die einen sich ein Gerät wünschen, das ihnen vom Dienstgeber zur Verfügung gestellt wird, wollen die anderen einen Zuschuss für die Anschaffungskosten für ein Gerät, das ihren Anforderungen besser entspricht.

Die Sommerschule wurde 2020 eingeführt. Ich sehe in ihr nach wie vor eine sinnvolle Möglichkeit, Lernrückstände bei Schüler:innen auszugleichen, soziale Kompetenzen zu stärken oder sie im sprachlichen Bereich zu fördern. Andere sehen in ihr wiederum eine schleichende Arbeitszeiterhöhung für Lehrer:innen. Solange der Einsatz in der Sommerschule freiwillig ist und auch entsprechend abgegolten wird, sehe ich die Sommerschule dennoch positiv. Anders sähe es natürlich aus, wenn Bildungsminister Wiederkehr die über die Medien verkündete Verpflichtung zum Einsatz in der Sommerschule umsetzen würde, von der er auf unseren Druck hin inzwischen wohl wieder abgewichen ist.

Seit dem Jahre 2022 stellt die durch den Ukraine-Krieg verursachte Flüchtlingswelle viele Schulen vor noch größere Herausforderungen, da dadurch das Problem der mangelnden Deutschkenntnisse von Schüler:innen noch verschärft wird. Die Politik scheint sich allerdings mit diesem Problem nicht wirklich beschäftigen zu wollen. Unser Bildungsminister setzt lieber auf populistische Aktionen, die hauptsächlich dem Zweck dienen dürften, die eigentlichen Probleme zuzudecken. Denn zur Lösung derselben wird es einerseits massive Investitionen ins Schulwesen und andererseits gut durchdachte Lösungsansätze brauchen.

Zuletzt möchte ich noch auf die Reparaturen der Besoldungsreform 2015 hinweisen. Die GÖD hat damit in mehreren Schritten in unserem Bereich für jede im Dienst befindliche Person viel Geld erkämpft. Auf Details möchte ich hier nicht eingehen, zumal die Regelungen für Laien kaum durchschaubar sind. Es sei aber angemerkt, dass auch eine Reform EU-rechtskonform gewesen wäre, die überhaupt keine Anrechnung von Vordienstzeiten vorsieht. Was das in unserem Bereich bedeutet hätte, will ich mir gar nicht ausmalen.

In den letzten beiden Jahren hat man uns einige „Entlastungspakete“ vorgestellt oder mehr Freiraum versprochen. Leider ist davon bisher kaum etwas bei den

Kolleg:innen angekommen. Im Gegenteil: Die jüngsten Ideen des derzeitigen Bildungsministers haben viele unausgelegene Maßnahmen und zusätzliche Belastungen für uns Lehrer:innen gebracht.

Auch von der „Reformpartnerschaft“ erwarte ich mir wenig. Es geht oft um Begehrlichkeiten der Länder statt um die Bereinigung der Strukturprobleme. Bei den eigentlichen Problemen, wie z. B. dem Mangel an Lehrpersonen oder der Bewältigung der Folgen der Migration, fühlen wir uns von der Politik im Stich gelassen. Statt diese anzugehen, übt man sich in Schaumschlägerei und hofft, damit das eigene Versagen überdecken zu können.

Ein Musterbeispiel für Aktionismus ist für mich der Umgang mit den neuen Lehrplänen. Schon am Unterstufenlehrplan haben wir aktiv mitgearbeitet und dazu beigetragen, dass dieser gut umgesetzt werden kann. Die Anpassung der Inhalte und Kompetenzen, die unseren Schüler:innen vermittelt werden sollen, an die aktuellen Herausforderungen wurde bei der Erstellung des Lehrplans für die Oberstufe, der mit dem Schuljahr 2027/28 in Kraft treten soll, konsequent fortgeführt. In den neuen Lehrplänen findet man übergreifende Themen, die auch in den Fachlehrplänen verankert sind und damit nicht das Schicksal der früheren Unterrichtsprinzipien teilen sollen, die zum Teil Papiertiger blieben. Zu diesen Themen gehören unter anderem Medien- und Demokratiebildung. Auch die „Informatische Bildung“ und mit ihr die Künstliche Intelligenz sind im Lehrplan verankert. Aus meiner Sicht ist das auch der bessere Weg. So können diese Themen nämlich im Zusammenhang mit den verschiedenen Fächern und nicht isoliert behandelt werden. Wenn jemand den Lehrer:innen abspricht, diese Themen kompetent behandeln zu können, frage ich mich, wie das dann in neuen Fächern aussieht, für die es noch gar keine Ausbildung, geschweige denn ausgebildete Lehrer:innen gibt.

Kein Stillstand – wir bleiben dran

Insgesamt habe ich den bedrückenden Eindruck, dass es Bildungsminister Wiederkehr nicht wirklich um Verbesserungen im Sinne der Schüler:innen geht. Es scheint für ihn die medienwirksame Aktion im Vordergrund zu stehen.

Ich hoffe, dass es mir mit meinen Ausführungen gelungen ist, den Eindruck zu widerlegen, dass im System Schule Stillstand herrsche oder wir Verbesserungen verhindern würden. Wir haben viel erreicht. Natürlich liegt aber noch viel Arbeit vor uns. Ich bin überzeugt davon, dass die Standesvertretung auch in Zukunft mit Nachdruck daran arbeiten wird, Verbesserungen für unsere Schulen und alle am Schulleben Beteiligten zu erreichen, und wünsche ihr dabei viel Erfolg. ■

Prüfungstaxen 2025/2026

Abgeltung Reifeprüfung: NT 2025 / HT 2026¹

Hauptprüfung:	Vorsitzender ²	je Teilprüfung	€ 2,8
	Schulleiter oder vom Schulleiter zu bestellender Lehrer ³	je Teilprüfung	€ 2,4
Prüfer:	Klassenvorstand oder vom Schulleiter zu bestellender fachkundiger Lehrer	je Teilprüfung	€ 2,4
	Schriftlich standardisiert	pro Arbeit	€ 16,5
Prüfer:	Schriftlich nicht standardisiert	pro Arbeit	€ 29,7
	Praktisch	je Teilprüfung	€ 16,5
Prüfer:	Mündlich	je Teilprüfung	€ 16,5
	Für den mündl. Teil bei Bestellung eines zweiten Prüfers anstelle eines Beisitzers	je Prüfer	€ 12,7
Abschließende Arbeit (VWA)	Mündliche Kompensationsprüfung	je Teilprüfung	€ 16,5
	Beisitzer	je Teilprüfung	€ 8,5
Abschließende Arbeit (VWA)	Korrektur, Präsentation, Diskussion	pro Arbeit	€ 45,7
	Betreuung	pro Arbeit	€ 334,85

Pflichtige Vorprüfung zur Reifeprüfung (AHS-Sonderformen)

Vorsitzender	pro Kandidat	€ 13,2
Vom Schulleiter zu bestellender Lehrer	pro Kandidat	€ 9,9
Schriftführer	pro Kandidat	€ 9,9
Prüfer für mündlichen Teil	pro Kandidat	€ 16,5
Prüfer für schriftlichen, grafischen oder praktischen Teil	pro Kandidat	€ 29,7

Externistenreifeprüfung

Hauptprüfung:	Vorsitzender mit Ausnahme der Berufsreifeprüfung	je Teilprüfung	€ 2,8
	Vorsitzender bei der Berufsreifeprüfung	je Teilprüfung	€ 8,5
Prüfer:	Schulleiter (oder vom Schulleiter zu bestellender Lehrer)	je Teilprüfung	€ 2,4
	Vom Schulleiter zu bestellender fachkundiger Lehrer	je Teilprüfung	€ 2,4
Prüfer:	Schriftführer	je Teilprüfung	€ 2,8
	Schriftlich standardisiert	pro Arbeit	€ 16,5
Prüfer:	Schriftlich nicht standardisiert	pro Arbeit	€ 29,7
	Für praktischen und mündlichen Teil		€ 16,5
Abschließende Arbeit (VWA)	Mündlich bei Bestellung eines zweiten Prüfers anstelle eines Beisitzers	je Prüfer	€ 12,7
	Mündliche Kompensationsprüfung		€ 16,5
Abschließende Arbeit (VWA)	Beisitzer	je Teilprüfung	€ 8,5
	Korrektur, Präsentation, Diskussion	pro Arbeit	€ 45,7
Vorprüfung:	Eine Betreuung der ABA (VWA) ist nicht vorgesehen	-	-
	Vorsitzender	pro Kandidat	€ 13,2
Vorprüfung:	Vom Schulleiter zu bestellender Lehrer		€ 9,9
	Schriftführer		€ 9,9
Vorprüfung:	Prüfer für mündlichen Teil		€ 16,5
	Prüfer für schriftlichen, grafischen oder praktischen Teil		€ 29,7

Bis 2025 gebührte laut Erlass des Unterrichtsministeriums vom 21. Oktober 2010 für abgehaltene Prüfungen im Rahmen der **Externistenreifeprüfungen** den Prüfern für jede abgenommene Prüfung eine Belohnung in der Höhe von € 13 (Wert: 2025).

Auf diese Belohnung fanden die im Prüfungstaxengesetz bei der Mitwirkung mehrerer Personen an derselben Prüfung vorgesehenen Aliquotierungsbestimmungen keine Anwendung.

Für die übrigen Mitglieder der Prüfungskommission bei den angeführten Externistenprüfungen ist keine Belohnung vorgesehen.

Für die übrigen Mitglieder der Prüfungskommission bei den angeführten Externistenprüfungen ist keine Belohnung vorgesehen.

„Mit ‚Freiraum Schule‘ hat Bildungsminister Christoph Wiederkehr eine Initiative gestartet, die eine zentrale Entlastung für alle Schulen bringen soll. (...) Der erste große Hebel ist die Reduktion der Rundschreiben (...). Dazu Bildungsminister Christoph Wiederkehr: ‚Mit dem Außerkraftsetzen von über 80 % der Rundschreiben vom Bildungsministerium an Schulen entlasten wir Schuldirektionen und Lehrkräfte gezielt. Mein Ziel ist es, dass Schulen sich auf die Wissensvermittlung konzentrieren können und der administrative Aufwand deutlich geringer wird.‘“⁴

Leider ist von der „ministeriellen Entlastung“ u. a. der oben zitierte Externistenprüfungserlass vom 21. Oktober 2010 betroffen, was statt zu einer Entlastung aktuell zur Streichung der vorgesehenen Abgeltung geführt

Aufnahms- und Einstufungsprüfung

Pro Kandidat	Vorsitzender	€ 3,3
	Prüfer für mündlichen oder praktischen Teil	€ 6,6
	Prüfer für schriftlichen Teil	€ 9,9

Kommissionelle Prüfung (bei Widersprüchen) – betrifft nicht Wiederholungsprüfungen

Pro Kandidat	Vorsitzender & Prüfer für mündlichen Teil	€ 6,6
	Prüfer für schriftlichen, grafischen oder praktischen Teil	€ 9,9
	Fachkundiger Beisitzer als Schriftführer	€ 5,2

Betreuung einer abschließenden Arbeit auf vorwissenschaftlichem Niveau (ABA):

Dem Lehrer gebührt für die kontinuierliche Betreuung der ABA im Verlauf der letzten Schulstufe je betreuter Arbeit eine Abgeltung in Höhe von 9,82 von Hundert des Referenzbetrages gemäß § 3 Abs. 4 Gehaltsgesetz. Dabei ist der Gehaltsansatz für September des Jahres zugrunde zu legen, in dem das Schuljahr beginnt, in dessen Verlauf die Betreuung stattfindet. **Im Schuljahr 2025/2026 sind das € 334,85.**

Vorbereitung auf die mündliche Prüfung der teilsentralen Reifeprüfung:

Dem Lehrer, der mit der Abhaltung von Unterrichtseinheiten im Rahmen von Arbeitsgruppen zur Vorbereitung auf die mündliche Prüfung der teilsentralen Reifeprüfung betraut ist, gebührt für **jede gehaltene Unterrichtseinheit** eine Abgeltung in Höhe von 2,5 von Hundert des Referenzbetrages gemäß § 3 Abs. 4 Gehaltsgesetz. **Seit Jänner 2025 sind das € 85,25.** Der ab Juli 2026 gültige Wert wird erst kundgemacht.

Arbeitsgruppen dürfen pro Prüfungsgebiet der mündlichen Reifeprüfung zum jeweiligen Haupttermin in der Anzahl gebildet werden, die dem Ergebnis der Teilung der Gesamtzahl der im Prüfungsgebiet zu betreuenden



Mag. Georg Stockinger
Vorsitzender-Stellvertreter und
Besoldungsreferent der AHS-Gewerkschaft



gerne für Sie da:
georg.stockinger@goed.at

hat. Die Auszahlung der Belohnungen ist derzeit mangels Rechtsgrundlage strittig. Diese Einsparungen wurden zu keinem Zeitpunkt mit der Personalvertretung oder mit der Gewerkschaft abgesprochen. Die Gewerkschaft drängt auf eine Wiedereinführung dieses und anderer vorschnell gestrichener wichtiger Erlässe.

den Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten durch 20, gegebenenfalls aufgerundet auf die nächste ganze Zahl, entspricht. Die Arbeitsgruppen dürfen im Umfang von bis zu vier Unterrichtseinheiten geführt werden.

Die **Aufsichten** während der **schriftlichen** Reifeprüfung und der Kompensationsprüfungen werden wie Einzelmehrdienstleistungen behandelt, also ggf. auf den Supplierpool angerechnet bzw. nach Auffüllen des Pools als Supplierstunde bezahlt. ■

1. Gemäß Anlage I zum Prüfungstaxengesetz: Prüfungen für mittlere und höhere Schulen (neue Reifeprüfung). Die Prüfungstaxen erhöhen sich jeweils am 1. September eines Jahres um den Prozentsatz, um den der Referenzbetrag gemäß § 3 Abs. 4 GehG, im vorangegangenen Jahr anstieg. Die Werte gelten daher von 1.9.2025 bis 31.8.2026.
2. Aus Gründen der Lesbarkeit wurde im Text die männliche Form gewählt, selbstverständlich beziehen sich die Angaben auf Angehörige aller Geschlechter.
3. Falls ein Direktor den Vorsitz der Matura übernimmt, erhält er dafür die Taxe des Vorsitzenden, die Taxe für den Schulleiter entfällt in diesem Fall. Mit der Novellierung der Vorsitzregelung im BGBl. I Nr. 121/2024 ab 1. März 2025 wurde die im Zuge der Covid-Pandemie überwiegend abgeschaffte externe Vorsitzführung als wichtiges Qualitätssicherungsinstrument wieder eingeführt.
4. Siehe: bmb.gv.at/Ministerium/Presse/20250831.html

19. Landestag der AHS-Gewerkschaft Niederösterreich

Richtungsweisende Anträge und klare Positionierungen prägten die Beratungen.



Mag.^a Eva Guserle
Vorsitzende des ZA AHS



gerne für Sie da:
eva.guserle@my.goed.at

Der 19. Landestag der AHS-Gewerkschaft Niederösterreich fand am 25. Februar 2026 in der Landeshauptstadt St. Pölten statt und setzte ein starkes Zeichen für Dialogbereitschaft, Qualitätssicherung und bildungspolitische Verantwortung.

Feierlicher Auftakt mit musikalischer Umrahmung

Den feierlichen Rahmen gestaltete das Bläserensemble des BORG St. Pölten unter der Leitung von Stefan Mandl und MMag. Clemens Mondolfo. Der Vorsitzende der AHS-Gewerkschaft Niederösterreich, Mag. Rupert Zeitlhofer, konnte zahlreiche hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus der Bildungsdirektion sowie viele Ehrengäste begrüßen. In ihren Wortmeldungen würdigten sie die konsequente und engagierte Arbeit der AHS-Gewerkschaft im Interesse der Gymnasien und ihrer Lehrkräfte.

Klare Bekenntnisse zum Gymnasium und zur Sozialpartnerschaft

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden und seiner Amtsvorgängerin Mag.^a Eva Guserle folgten Grußworte von Bildungsdirektor HR Mag. Karl Fritthum. Er bekannte sich klar zum Gymnasium als tragende Säule des österreichischen Bildungssystems und äußerte die Hoffnung auf eine Rückkehr zu bewährten sozialpartnerschaftlichen Prozessen. Bildung brauche Zeit, Kontinuität und sorgfältige Diskussionen – insbesondere in einer Phase, in der „sehr viele Bälle gleichzeitig in der Luft“ seien.

Der Bundesvorsitzende der AHS-Gewerkschaft, Mag. Herbert Weiß, dankte den Kolleginnen und Kollegen für ihren täglichen Einsatz. In der aktuellen Bildungspolitik ortete er mehrere „Mogelpackungen“ und betonte, dass die Gewerkschaft bereit sei, auch als vermeintlicher „Blockierer“ aufzutreten, wenn es darum gehe, Verschlechterungen für das österreichische Gymnasium zu verhindern.

Matthias Deiser, Vorsitzender der GÖD Niederösterreich, hob den erfreulichen Mitgliederzuwachs im Bereich der AHS-Gewerkschaft hervor. Gewerkschaften müssten aktiv sein, so Deiser, denn Demokratie sei „kein Zuschauersport“. Die GÖD verstehe sich als verlässlicher Partner an der Seite der Lehrkräfte.

Reformpartnerschaft statt Populismus

In ihrer Festansprache unterstrich Bildungslandesrätin Mag.^a Christiane Teschl-Hofmeister die Bedeutung der Vielfalt im Schulwesen. Sie sprach sich für eine Rückbesinnung auf die Reformpartnerschaft aus: miteinander reden, tragfähige Konzepte entwickeln und bildungspolitische Ideen nicht aus populistischen Motiven in die Öffentlichkeit tragen. Permanente Systemexperimente würden die Schulen zunehmend überfordern.

Auch der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Mag. Dr. Eckehard Quin, plädierte für Dialogbereitschaft und gegenseitige Verantwortung – gerade in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Unsicherheit. Konflikte müssten strukturiert und im Geist der Sozialpartnerschaft geführt werden. Kompromisse seien eine der großen Stärken der Republik Österreich; reine PR-Gags hingegen brächten die Gymnasien nicht weiter.

Ehrungen und richtungsweisende Beschlüsse

Ein besonderer Höhepunkt war die Verleihung des Ehrenzeichens des Landesvorstandes in Gold an HR Mag.^a Isabella Zins, österreichische AHS-Direktorensprecherin, sowie an Mag. Peter Friebe für ihre langjährigen Verdienste um die Gewerkschaftsarbeit.

Im Anschluss traten die 55 Delegierten der niederösterreichischen Gymnasien zu Fraktionsbesprechungen zusammen. Neben der Wahl von Kommissionen und Delegierten für weitere Organtagungen standen vor allem die eingebrachten Anträge im Mittelpunkt. Nahezu alle Anträge wurden einstimmig beschlossen.

Besonders deutlich fiel die Zustimmung zu einem fraktionsübergreifenden Initiativantrag aus, der sich gegen die geplanten Kürzungen in Latein, den lebenden Fremdsprachen sowie bei schulautonomen Fächern richtet. Darin wird Bildungsminister Christoph Wiederkehr aufgefordert, diese Entscheidung zu überdenken und zurückzunehmen. Das Gymnasium lebe von sprachlicher Bildung, Vielfalt und schulautonomen Gestaltungsmöglichkeiten. Eine Schwächung dieser Strukturen gefährde die Qualität der Allgemeinbildung und widerspreche einer zukunftsorientierten Bildungspolitik.

Ausblick

Die Ergebnisse des Landestages werden in die Beratungen des Bundestages im Mai einfließen. Der 19. Landestag der AHS-Gewerkschaft Niederösterreich setzte damit ein klares Signal: für Qualität im Gymnasium, für Dialog statt Schnellschüssen – und für eine starke Sozialpartnerschaft im Bildungsbereich. ■

FOTOS: PHILIPP MONIHART, PAUL POGATS



GÖD-Vorsitzender Mag. Dr. Eckehard Quin am Rednerpult beim 19. Landestag der AHS-Gewerkschaft Niederösterreich; ganz links begrüßt Mag.^a Eva Guserle, Vorsitzende des ZA AHS, die Delegierten. Unten v. l. n. r.: Mag. Herbert Weiß, Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft, Mag.^a Eva Guserle, MMag.^a Patricia Gsenger und Mag. Rupert Zeitlhofer.



19. Landestag der AHS-Gewerkschaft Burgenland

Hohe Mitgliederdichte und einstimmige Beschlüsse prägten die Tagung in Eisenstadt.



Mag. Matthias Federer
Vorsitzender
AHS-Gewerkschaft Burgenland



gerne für Sie da:
matthias.federer@my.goed.at

Am 19. Februar 2026 ging mit großem Erfolg der 19. Landestag der AHS-Gewerkschaft im Burgenland über die Bühne. Schauplatz war der große Saal der AK in Eisenstadt. Als Ehrengäste haben uns der Landesvorstand, Manuel Sulyok, BEd MA, sein Stellvertreter Andreas Hochegger und aus der Bundesleitung der Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Georg Stockinger beehrt. Es wären auch Herr Bildungsdirektor HR OSR Alfred Lehner, BEd MA, und Bildungslandesrätin Mag.^a Daniela Winkler geladen gewesen. Sie mussten sich allerdings wegen anderer Termine entschuldigen. Landesvorstand Manuel Sulyok unterstrich in seinen

Grußworten die Wichtigkeit des Lehrberufes und hob hervor, dass wir in den Schulen hervorragende Arbeit leisten, aber zu wenig Unterstützung erhalten. Mag. Georg Stockinger ging in seinen Grußworten an die Delegierten auch auf die aktuelle Diskussion rund um den Plan Z von Herrn BM Wiederkehr und dessen Demokratieverständnis ein, indem er darauf hinwies, dass alle Argumente und Aufforderungen zum Dialog verhallen.

LL-Vorsitzender Mag. Matthias Federer berichtete, dass die Mitgliederdichte in den vergangenen fünf Jahren deutlich angestiegen ist und mittlerweile bei ca. 75 % liegt. Dieser erfreuliche Anstieg ist v. a. auf die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Fachausschuss und das intensive Werben von FA-Vorsitzendem Mag. Martin Miletich zurückzuführen.

Es wurden angeregte Diskussionen geführt. Die Anträge waren thematisch v. a. bundesweite Anliegen, daher wurden sie an den Bundestag weitergeleitet. Alle Anträge sind einstimmig beschlossen worden.

Wir werden uns weitere fünf Jahre intensiv um die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen kümmern. ■



Volles Haus und viele engagierte Stimmen: Beim 19. Landestag der AHS-Gewerkschaft Burgenland kamen am 19. Februar 2026 Delegierte und Gäste im großen Saal der AK Eisenstadt zusammen.

Familienleistungen 2026¹

Die Familienleistungen bleiben im Jahr 2026 auf dem Niveau von 2025.

Die für das Jahr 2026 gültigen Beträge (in Euro) sind:

Familienbeihilfe

ab Geburt	138,40
ab 3 Jahren	148,00
ab 10 Jahren	171,80
ab 19 Jahren	200,40

Zusätzlich zur Altersstaffelung werden folgende Beträge ausbezahlt

für 2 Kinder	8,60
für 3 Kinder	21,10
für 4 Kinder	32,10
für 5 Kinder	38,90
für 6 Kinder	43,40
für jedes weitere Kind	63,10
Mehrkindzuschlag ab dem 3. Kind	24,40
Zuschlag für ein erheblich behindertes Kind	189,20
Schulstartgeld ²	121,40

Kinderbetreuungsgeld

Kinderbetreuungsgeld Konto; Tagsatz max.	41,14
Einkommensabhängiges KBG; Tagsatz max.	80,12
Sonderleistungen I	41,14

Familienzeitbonus (Geldleistung beim „Papamonat“)

Familienzeitbonus	54,87
-------------------	-------

Geringfügigkeitsgrenze

Geringfügigkeitsgrenze	551,10
------------------------	--------



Mag.^a Andrea Meiser
Frauenreferentin
GÖD AHS



gerne für Sie da:
andrea.meiser@goed.at

GÖD-Familienunterstützung 2026

Diese wird nur für das laufende Kalenderjahr 2026 gewährt und kann nicht rückwirkend ausbezahlt werden. Voraussetzungen sind:

- 12 Monatsmitgliedsbeiträge, Beitragswahrheit, kein Zahlungsrückstand
- Eine Familie **bezieht für drei oder mehrere Kinder** die Familienbeihilfe oder
- eine Familie **bezieht für ein Kind oder mehrere Kinder erhöhte** Familienbeihilfe.

Das **Antragsformular** (goed.at/Mitgliederbereich) ist ausgefüllt gemeinsam mit einer aktuellen Bestätigung des Finanzamtes über den Bezug der österreichischen Familienbeihilfe (höchstens 1 Monat alt) zu übermitteln. Nähere Informationen erhalten Sie beim Landesvorstand Ihres Bundeslandes.

Höhe der Unterstützung

pro Jahr für Familien mit Bezug der Familienbeihilfe für

3 Kinder	210,-
4 Kinder	280,-
5 Kinder	350,-
6 Kinder	420,-
usw.	

pro Jahr für Familien mit Bezug von erhöhter Familienbeihilfe für

1 Kind	140,-
2 Kinder	280,-
3 Kinder	420,-

¹ Quelle: bundeskanzleramt.gv.at
² Das Schulstartgeld wird im August gemeinsam mit der Familienbeihilfe für alle Kinder im schulpflichtigen Alter von sechs bis 15 Jahren automatisch überwiesen.

FOTOS MARTON ILLYES, (FEDERER-PORTRAIT???), MANUEL HORN, KWANCHAICHALUDOM/GETTYIMAGES/ISTOCKPHOTO



Was die anderen sagen

Bundeslehrertag im Zeichen der Reformdebatte



Der Bundeslehrerinnentag in Linz stand heuer ganz im Zeichen der aktuellen bildungspolitischen Diskussion. Vertreter der Landesvertretungen sowie zahlreiche Lehrkräfte mittlerer und höherer Schulen nutzten die Veranstaltung für Austausch und Einordnung. Im Mittelpunkt standen die Reformüberlegungen von Bildungsminister Christoph Wiederkehr. Dabei wurde deutlich, dass zentrale Punkte der angekündigten Vorhaben auf Skepsis stoßen. *Von Thomas Strobl, 26. Februar 2026, schule.at*

schule.at/bildungsnews/detail/bundeslehrertag-im-zeichen-der-reformdebatte

Reformideen sorgen für Diskussion

Für intensive Gespräche sorgte vor allem die Überlegung, lebende Fremdsprachen oder Latein zugunsten eigener Schwerpunkte wie Künstlicher Intelligenz oder Demokratiebildung einzuschränken. Die Gewerkschaft sieht diese Pläne kritisch. Sie verweist darauf, dass neue Lehrpläne bereits fertig ausgearbeitet sind und mit dem kommenden Schuljahr in Kraft treten. Aus Sicht der Landesvertretung sollten diese zunächst umgesetzt und evaluiert werden, bevor weitere strukturelle Änderungen folgen.

Hinweis auf bestehende Lehrpläne

Mehrfach wurde betont, dass Themen wie Demokratiebildung, Medienkompetenz und der Umgang mit Künstlicher Intelligenz bereits in den neuen Lehrplänen verankert seien. Diese seien in einem mehrjährigen Prozess unter Einbindung von Fachleuten erarbeitet worden. Eine neuerliche Anpassung noch vor der Umsetzung würde aus Sicht der Gewerkschaft unnötige Unruhe in die Schulen

bringen. Gefordert wird daher mehr Kontinuität und Planungssicherheit.

Forderung nach Einbindung

Auch aus dem Bereich der Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen kam der Wunsch nach stärkerer Einbindung. Vertreter der Fachgruppen und Arbeitsgemeinschaften sehen sich als Experten für die praktische Umsetzung von Reformen. Sie fordern, frühzeitig in Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden, um tragfähige und nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Reformen sollten gemeinsam mit der Schulpraxis gestaltet werden.

Politische Einordnung

Unterstützung erhielt die Landesvertretung auch von Landeshauptmann Thomas Stelzer. Er hob die hohe Qualität der Schulen hervor und plädierte für sorgfältig vorbereitete Veränderungen. Jede Reform brauche klare Zielsetzungen, ausreichende Vorbereitung und verlässliche Rahmenbedingungen. Der Bundeslehrerinnentag wurde damit auch zu einer politischen Standortbestimmung im laufenden Reformprozess.



Reformdebatte beim Bundeslehrerinnentag in Linz: Bildungs-TV-Film auf YouTube ansehen:

youtube.com/watch?v=-X6M8bpbDZU



Umfrage: AHS-Direktoren lehnen Reformen mit großer Mehrheit ab

Laut einer Umfrage unter Direktoren sollten KI und Demokratie als Querschnittsthemen verankert werden, bestehende Fächer sollten nicht gekürzt werden. *Von Ute Brühl, 19. Februar 2026, kurier.at*

kurier.at/chronik/oesterreich/ki-schulen-umfrage-direktoren/403132912

Die Pläne von Bildungsminister Christoph Wiederkehr (Neos), Stunden für Latein und andere zweite Fremdsprachen wie Französisch oder Spanisch zu kürzen, sehen viele Schulleiterinnen und Schulleiter skeptisch. Das zeigt eine Umfrage unter allen AHS-Direktorinnen und -Direktoren in Österreich. Insgesamt beteiligten sich 276 Personen.

Zwar sind fast alle Pädagoginnen und Pädagogen der Ansicht, dass die Themen KI und Demokratie für eine moderne Schule wichtig sind. Allerdings sind nur die wenigsten dafür, dass man im Gegenzug Sprachstunden kürzt. Vielmehr plädieren sie dafür, diese Themen als Querschnittsthemen in möglichst vielen Fächern zu behandeln. Sie sehen die Inhalte nachhaltiger verankert, wenn sie integrativ von vielen Lehrkräften in unterschiedlichen Fächern vermittelt werden.

Warum nur Änderungen bei der AHS? Unverständlich ist für die Direktorinnen und Direktoren, warum es nur in der AHS-Oberstufe ein eigenes Fach Demokratiebildung braucht (mehr als 90 Prozent), aber nicht in anderen Oberstufenschulen wie etwa Handelsakademien, Handelsschulen oder Höheren Technischen Lehranstalten.



Bildungsminister Christoph Wiederkehr

Insgesamt befürchtet die Mehrheit der Befragten, dass die Schulform Gymnasium durch die Reformen geschwächt wird. Weniger Unterrichtsstunden bedeuteten für die Schülerinnen und Schüler eine höhere Belastung, da sie in kürzerer Zeit das gleiche Ziel – die Matura – erreichen müssten.

Isabella Zins, Sprecherin der AHS-Direktorinnen und -Direktoren in Österreich, kritisiert an Wiederkehres Vorschlag, dass durch die Reform individuelle Schulentwicklungsprozesse, die den Standorten ein eigenes Profil verleihen, übergangen beziehungsweise außer Kraft gesetzt werden.

HANDY-SUCHT

Drei Wochen Handyfasten besser als zwei Wochen Schulferien

„Handy-Sucht“-Symposium in Wien: Smartphones am besten erst ab 13 Jahren. Erwachsene mit Verpflichtung zur Vorbildwirkung. *22. Februar 2026, derstandard.at*

derstandard.at/story/3000000309607/drei-wochen-handy-fasten-besser-als-zwei-wochen-schulferien

Drei Wochen Handyfasten bringen für die psychische Gesundheit von AHS-Schülerinnen und -Schülern mehr als zwei Wochen Schulferien. Smartphones sollten Kinder am besten erst ab einem Alter von etwa 13 Jahren bekommen. Erwachsene haben eine

Verpflichtung, als Vorbilder zu wirken. Das erklärten Experten am Samstag bei einem „Handy-Sucht“-Symposium an der Sigmund Freud PrivatUniversität in Wien.

Mobiltelefone und dadurch rund um die Uhr und



Schüler hängen viel am Smartphone. Zu viel, sagen Experten schon lange.

überall verfügbarer Internetanschluss samt Social Media-, Gaming-, Wetten- und Selbstinszenierungs-Plattformen und KI sind weltweit in der Gesellschaft angekommen, um zu bleiben. Am 9. Jänner 2007 präsentierte Apple-Gründer Steve Jobs das erste Smartphone. 2017 gab es weltweit zwei Milliarden Geräte, 2022 waren es 5,3 Milliarden, mittlerweile komme man bei sieben Milliarden an, sagte Roland Mader, Ärztlicher Direktor des Anton Proksch Instituts in Wien, bei dem Symposium zum Thema „Handy-Sucht – Schreckgespenst oder Geißel unserer Zeit?“.

Der Experte: „Die Handy-Sucht ist noch kein von der Weltgesundheitsorganisation katalogisierter Krankheitsbegriff. Das wird sie aber werden. Ein Teil der Internetsucht verlagert sich auf die mobilen Endgeräte. Ein Brandbeschleuniger war die Covid-19-Pandemie. (...) Etwa vier Prozent der Jugendlichen in Österreich sind ‚Handy-süchtig‘. Erwachsene verbringen täglich viereinhalb Stunden am Handy. Loswerden tun wir das nicht mehr. Pro Tag schauen wir zwischen 88- und 100-mal auf das Handy.“

Fast jeder Jugendliche benutzt Messenger-Dienste

Gaming, Social Media und Pornografie waren schon seit Beginn des Internets die von den Benutzern weltweit gefragtesten Anwendungen. Dauerschleifen und schnelle Belohnungen verleiten zur ständigen Nutzung. Push-Dienste verleiten ständig zum schnellen Griff nach dem 24-Stunden-„Begleiter“, der Nähe in Form von „als-ob-Beziehungen“ vorgaukelt, so der Wiener Psychiater und Leiter des Instituts für Sozialästhetik und Psychische Gesundheit der Privatuniversität, Michael Musalek. 91 Prozent der Zwölf- bis 19-Jährigen verwenden Messenger-Dienste wie WhatsApp. Plattformen

wie Facebook, Instagram und TikTok kommen dem aktuellen Drang der Selbstinszenierung entgegen – samt den negativen psychischen Auswirkungen. Der klinische Psychologe Oliver Scheibenbogen (Anton Proksch Institut) zitierte dazu aus einer Umfrage unter Schülern in der Steiermark. Ohne Nutzung digitaler Geräte vor dem Einschlafen während der Schulwoche hatten knapp 20 Prozent Einschlafprobleme. Nutzten sie das Handy an fünf Tagen vor dem Einschlafen, stieg dieser Anteil auf 41 Prozent. Mobbing kann via Social Media die Opfer im jugendlichen Alter schwerst belasten. Die präsentierten „Idealbilder“ können das Selbstbild der jugendlichen Konsumenten schädigen. Der Wunsch nach Zuneigung und Anerkennung lässt Gefährdete in Krisen abgleiten.

Nicht online, „nicht dabei“

„Wenn ich nicht online bin, bin ich irgendwie nicht dabei. (...) Das Handy hilft mir, runterzukommen. Social Media ist das neue Rauchen“, zitierte Alexandra Ferdin vom Institut der Sigmund Freud PrivatUniversität typische Aussagen. Doch auf die Erwachsenen bis hin zu den Eltern ist offenbar nur mehr wenig Verlass. Die Expertin mit einem weiteren Zitat: „Meine Eltern sagen, ich soll das Handy weglegen. Aber sie schauen selbst ständig darauf.“ Laut der steirischen Studie gibt es nur in 18 Prozent der Familien von Schülern Regeln für den Handy-Gebrauch.

Erwachsene und Kinder bzw. Jugendliche sollten am besten gemeinsam problematischem Handy-Konsum entgegenwirken. Das bedeute eine Reduktion des Handy-Gebrauchs auf ein kontrolliertes Niveau, die Rückholung von im Digitalen verloren Gegangenen in die reale Welt, „analoge“, echte menschliche Beziehungen mit Anerkennung, Spiel und Kommunikation statt per Online-Diensten vorgespielter Nähe, so Scheibenbogen.

Konsumverzicht bringt schnell positive Effekte

„14 Tage Instagram-Verzicht bzw. Social Media ließ bei Jugendlichen die Zufriedenheit mit dem eigenen Körperbild deutlich ansteigen. Der Effekt hielt auch noch 14 Tage danach an“, sagte der Psychologe. In einer Schule in Gänserndorf in Niederösterreich hat er gemeinsam mit Lehrern und Schülern einen Versuch mit dreiwöchigem Handyfasten durchgeführt. Das Programm soll jetzt auf Österreich mit Teilnahmen auch aus Italien und Deutschland ausgedehnt werden.

Scheibenbogen über die registrierten Effekte des Weglegens der digitalen Geräte: „Wir haben festge-

stellt, dass sich das psychische Wohlbefinden um 30 Prozent gesteigert hat. Es kam zu einer 30-prozentigen Reduktion depressiver Symptome. Drei Wochen Handy-Verzicht brachten mehr als zwei Wochen Ferien. Durch den Verzicht hat sich die Bildschirmzeit bei 25 Prozent der Teilnehmer nachhaltig reduziert.“ Selbst in einer Kontrollgruppe ohne Handyfasten sei das Projekt „ansteckend“ gewesen. Laut dem Versuch war für die beteiligten Schüler

das „Handyfasten“ zum Teil eine völlig neue und positive Erfahrung mit echten persönlichen Beziehungen und einem neuen Blick auf die reale Welt. Doch auch die Erwachsenen mussten sich sprichwörtlich „an der Nase nehmen“. Plötzlich waren die Heranwachsenden nicht mehr ständig erreichbar bzw. kontrollierbar. Und Lehrer konnten Hausaufgaben etc. nicht einfach rund um die Uhr per Messenger-Dienst versenden. (APA, 22.2.2026)

Lehrergehälter: Einstufung soll vereinfacht werden

Das Bildungsministerium will sich gemeinsam mit dem inhaltlich zuständigen Bundeskanzleramt dafür einsetzen, dass neu ins Schulsystem einsteigenden Lehrerinnen und Lehrern ihre Vordienstzeiten schneller angerechnet werden. 28. Jänner 2026, orf.at

orf.at/stories/3418491/

Das System sei „unnötigerweise sehr komplex aufgesetzt“, hieß es aus dem Bildungsressort zur APA. Derzeit müssen Quereinsteiger teils monatelang auf eine Einstufung bzw. sogar auf ihr Gehalt warten, berichtete das Ö1-Morgenjournal.

Geht es nach dem Ministerium, sollen Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger künftig schneller wissen, wie hoch ihre Gehälter als Lehrerinnen und Lehrer sein werden. Thematisch verantwortlich für Beamtengehälter ist das Bundeskanzleramt. Klagen über lange Wartezeiten bei Verträgen bzw.

Einstufungen durch die Bildungsdirektionen gibt es schon länger, auch voll ausgebildetes Personal ist laut Lehrervertretern davon betroffen. Auch bei der Volksanwaltschaft kennt man Beschwerden wegen der langwierigen Anrechnung von Vordienstzeiten. In der Gewerkschaft wurde die politische Ankündigung, sich um eine weniger komplexe Regelung zu bemühen, begrüßt. Fälle, in denen Lehrer monatelang gar nichts bezahlt bekommen, sind laut GÖD-Chef Eckehard Quin zwar selten. Es handle sich dabei aber klar um Behördenversagen.

„Kein Rückzieher“: Wiederkehr verteidigt Lehrplanänderungen

Der Bildungsminister beharrt auf weniger Latein- und Fremdsprachenunterricht, dafür mehr Informatik, KI- und Medienbildung. Und ortet eine „medial inszenierte Zuspitzung“. 21. Februar 2026, diepresse.com

diepresse.com/20615625/kein-rueckzieher-wiederkehr-verteidigt-lehrplanaenderungen

Neos-Bildungsminister Christoph Wiederkehr hat am Samstag einmal mehr seine Pläne verteidigt, die Stundenzahl für Latein und die zweite lebende Fremdsprache an der AHS-Oberstufe zugunsten von Informatik und Künstlicher Intelligenz herunterzuschrauben. Einen „Rückzieher“ schloss er „Im Journal zu Gast“ am Samstag aus und zeigte sich

zuversichtlich, dass man sich politisch einig wird. Bisher gaben sich die Koalitionspartner ÖVP und SPÖ skeptisch.

Wiederkehr ortete in der Diskussion eine „medial inszenierte Zuspitzung“. Sein Plan sieht vor, die Wochenstunden für Latein bzw. die zweite lebende Fremdsprache von drei auf zwei zu kürzen. Kritik kam

auch von den AHS-Direktoren und der Lehrgewerkschaft. „Die sprachlichen Kompetenzen sind weiterhin wichtig, gesamt haben wir immer noch mehr Lateinstunden als für Informatik, KI- und Medienbildung zusammen“, betonte der pinke Vize-Parteichef. Einen finalen, schriftlichen Vorschlag gebe es noch nicht. Seit Wiederkehr mit seinem Vorstoß Ende Jänner aufhorchen ließ, wurde dieser zum Politikum. Kritik kam sowohl von der ÖVP und der Lehrgewerkschaft als auch einem großen Teil der AHS-Direktoren und -Direktorinnen. Bei einer Umfrage unter allen rund 360 Mitgliedern mit einer Teilnahmequote von 75 Prozent sprachen sich mehr als 90 Prozent der Schulleitungen gegen die Kürzungen bei Latein bzw. der zweiten lebenden Fremdsprache aus. Begeistert zeigte sich auch die SPÖ nicht, Bildungssprecher Heinrich Himmer meinte erst vor wenigen Tagen, er sehe in absehbarer Zeit nicht, dass diese Lehrplanänderung kommen könnte. Wie-

derkehr entgegnete der Kritik, dass sich viele Menschen neue Inhalte wünschten, „und wenn was dazukommt, muss auch was wegfallen“. Er sieht durch seinen Plan auch mehr Autonomie-Möglichkeiten für Schulen. Außerdem will er den Gegenstand „Medien und Demokratie“ einführen. **Sechs Jahre Volksschule geplant** Wenig begeistert zeigte sich die ÖVP auch über Wiederkehrs Pläne für eine sechsjährige Volksschule. Derzeit laufen im Ministerium Vorbereitungen für Pilotprojekte in Wien. Wiederkehr sieht aber Verbündete in „allen Parteien“. Außerdem gebe es für die Verlängerung „Evidenz aus über 30 Ländern“. Auf jeden Fall solle es weiterhin eine Mittelschule und ein Gymnasium geben, aber kürzer als bisher. Diskutieren will Wiederkehr auch über eine „mittlere Reife“ am Ende der Schulpflicht. Der „Untergang des Gymnasiums“ sei dadurch nicht der Fall, betonte er. (APA)

LEHRERVERTRETER SAUER

KI statt Latein: „Ein Anschlag aufs Gymnasium!“

Weniger Lateinstunden, dafür mehr Künstliche Intelligenz – wie die „Krone“ berichtet hat, soll das ab dem Schuljahr 2027/28 umgesetzt werden. Die Lehrgewerkschaft ist verärgert. *Von Verena Schaupp, 29. Jänner 2026, krone.at*

krone.at/4030163

Dem Lateinunterricht in den AHS-Oberstufen soll es, wie die „Krone“ berichtet hat, ordentlich an den Kragen gehen. Dafür soll das Fach Informatik um Künstliche Intelligenz erweitert und „Medien und Demokratie“ als eigenes Fach ab dem Schuljahr 2027/28 eingeführt werden.

Die Gewerkschaft reagiert aufgewühlt. „Wir sind nicht eingebunden gewesen“, sagt Herbert Weiß, Vorsitzender der AHS-Lehrgewerkschaft, am Donnerstagvormittag zur „Krone“. Die Reformpläne seien „ein Anschlag auf die Gymnasien“, formuliert er es drastisch. Er spricht von einer „Mogelpackung“, da in real- und wirtschaftskundlichen Gymnasien Latein nicht Pflicht sei. Dort kann derzeit tatsächlich, wie berichtet, zwischen Latein und einer zweiten lebenden Fremdsprache gewählt werden. „Also geht es dann in der Praxis auf Kosten der Sprachen“, so Weiß. Das halte er für unausgegoren, gerade in einer zunehmend globalisierten Welt. Zum Thema mehr KI am Stundenplan meint er: „Diese Vorgabe gab es bereits für die Entwicklung der neuen Lehrpläne.“ Zu „Medien und Demokratie“ fügt er hinzu: „Wenn man ein neues Fach will, sollte man wissen, wer es unterrichtet.“



Lehrervertreter Herbert Weiß kritisiert, dass man nicht informiert wurde.

FOTO: KRONE KREATIV/HERBERT WEISS/GÖD STOCK A., BEIGESTELLT

Zur Information, auch der Abgeordneten zum Nationalrat

Diese Seite möge keinesfalls als Kritik an den Pädagog:innen an den Pädagogischen Hochschulen missverstanden werden. Sie geben unter den ihnen vorgegebenen Rahmenbedingungen ihr Bestes.

Anteil der Absolvent:innen, die ihr Studium in sehr hohem oder hohem Ausmaß für eine gute Grundlage für ihre berufliche Karriere halten

Fachhochschule (Vollzeit)	68 %
Öffentliche Universität	52 %
Pädagogische Hochschule	31 %

Statistik Austria (Hrsg.), Eurograduate 2022 (2024), S. 78.

Anteil der Absolvent:innen, die mit ihrem Studium insgesamt sehr zufrieden oder zufrieden sind

Fachhochschule (Vollzeit)	70 %
Öffentliche Universität	64 %
Pädagogische Hochschule	36 %

Statistik Austria (Hrsg.), Eurograduate 2022 (2024), S. 84.

Anteil der Absolvent:innen, die ihr Studium in sehr hohem oder hohem Ausmaß für eine gute Grundlage für ihre persönliche Entwicklung halten

Öffentliche Universität	74 %
Fachhochschule (Vollzeit)	73 %
Pädagogische Hochschule	57 %

Statistik Austria (Hrsg.), Eurograduate 2022 (2024), S. 78.

„Zahlreiche Studien belegen, dass ein erheblicher Anteil jener Lehrkräfte, die das Schulsystem wieder verlassen, bereits innerhalb der ersten fünf Berufsjahre aus dem Lehramt ausscheiden.“

Pädagogische Hochschulen Österreichs (Hrsg.), Berufseinstieg Lehramt (2025), S. 12.

„Hoch qualifizierte Lehrkräfte sind für leistungsstarke Bildungssysteme in allen Bildungsbereichen essenziell, jedoch macht der Lehrkräftemangel es schwieriger, gut ausgebildete Lehrkräfte zu gewinnen und zu halten.“

OECD (Hrsg.), Bildung auf einen Blick 2025 (2025), S. 23.

Die massive Unzufriedenheit unserer jungen und künftigen Kolleg:innen verdient Beachtung. Lehrer:innen verdienen für ihren ebenso wichtigen wie fordernden Beruf die bestmögliche Ausbildung.

Im Jahr 2013 wurde der Qualitätssicherungsrat für Pädagoginnen- und Pädagogenbildung (QSR) vom Gesetzgeber geschaffen. Zu seinen Aufgaben gehört ein jährlicher Bericht über den aktuellen Stand der Pädagoginnen- und Pädagogenbildung an den Nationalrat. Wurde der Nationalrat jemals über diese Daten informiert?



Mag.^a Anna Gring
Chefredakteurin
Mitglied der Bundesleitung



gerne für Sie da:
anna.gring@my.goed.at

Auszeichnungen und Ernennungen



DER BUNDESPRÄSIDENT HAT VERLIEHEN:

DEN TITEL HOFRAT

Dir. Mag. Markus Michelitsch	BG/BRG/Wiku BRG in Wien XXIII, Anton-Baumgartner-Straße
OStR Mag. et Dr. Gerhard Waldner	ehemals Leiter am Privaten RG/ORG St. Karl, Volders

DEN TITEL OBERSTUDIENRÄTIN/OBERSTUDIENRAT

Prof. Mag. ^a Doris Atzl	BRG Wörgl
Prof. Mag. ^a Sabine Brückl	BG/BRG Wels
Prof. Mag. ^a Elena Danner	Gymnasium u. Wiku RG Sacré Coeur in Graz, Petersgasse
Prof. Mag. Christian Eder	BG/BRG/Wiku BRG Wien XXIII, Anton-Baumgartner-Straße
Prof. Mag. Ulrich Fessler	BORG Lienz
Prof. Mag. ^a Birgit Grasmug	BG/BRG Wiku BRG Wien XXIII, Anton-Baumgartner-Straße
Prof. Mag. ^a Sabine Haider	BRG Waidhofen/Ybbs
Prof. Mag. ^a Regina Haramia	Evang. RG/ORG Oberschützen
Prof. Mag. ^a Susanne Haslauer	BRG/BORG Telfs
Prof. Mag. ^a Regina Helfenbein-Follmann	BRG Innsbruck, Adolf-Pichler-Platz
Prof. Mag. Peter Hinkel	Akad. Gymnasium Graz, Bürgergasse
Prof. Mag. Karl Hirschrott	BRG Waidhofen/Ybbs
Prof. Mag. Paul Huber	BORG Krems
Prof. Mag. Hans Peter Kainz	BORG Krems
Prof. Mag. ^a et Dr. ⁱⁿ Ulrike Kaliwoda-Bauer	BRG Graz, Petersgasse
Prof. Mag. ^a Brigitte Kiesenebner	Kath. ORG Katharina Lins Zams
Prof. Mag. ^a Gerda Kirchknopf	Gymnasium d. Diözese Eisenstadt, Wolfgarten
Dir. Mag. ^a Rosmarie Knoflach, MA	Akad. Gymnasium Innsbruck, Angerzellgasse
Prof. Mag. Gerald Koller	BRG/BORG Telfs
Prof. Mag. Volkmar Leimlehner	BRG Linz, Hamerlingstraße
Prof. Mag. ^a Maike Mayerhofer Notdurfter	BG/BRORG Sankt Johann

Prof. Mag. ^a Karin Neumeister	BORG Lienz
Prof. Mag. ^a Doris Oberger	Meinhardinum Stams
Prof. Mag. Herbert Ortner	BORG Lienz
Prof. Mag. ^a Susanne Pötscher	BRG Steyr
Prof. Mag. Andreas Pullmann	RG/ORG d. Vereins der Wr. Sängerknaben, Wien II, Obere Augartenstraße
Prof. Mag. ^a Magdalena Rohregger	BRG Steyr
Prof. Mag. ^a Anita Praschberger-Gschwentner	BRG Wörgl
Prof. Mag. ^a Sigrid Schimmel	Gymnasium u. Wiku RG Sacré Coeur in Graz, Petersgasse
Prof. Mag. ^a Lydia Schmied	BG/BRG Wels
Mag. ^a et Dr. ⁱⁿ Monika Tretter-Essl	BG Salzburg, Zaunergasse
Prof. Mag. ^a Maria Wechselberger	BRG Wörgl
Prof. Mag. ^a et Dr. ⁱⁿ Monika Wonisch-Einfalt	Gymnasium u. Wiku RG Sacré Coeur in Graz, Petersgasse

DER BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG HAT BESTELLT:

ZUM DIREKTOR

Prof. Mag. Christian Berger	BG/BRG Hollabrunn
Prof. Mag. Dominik Stumpfer	BRG Wien XIX, Krottenbachstraße

DIE BUNDESLEITUNG GRATULIERT IHREN MITGLIEDERN!

Impressum

gymnasium. Zeitschrift der AHS-Gewerkschaft in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Herausgeber: Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Mag. Dr. Eckehard Quin. Medieninhaber: die GÖD Wirtschaftsbetriebe Ges. m. b. H., 1010 Wien, Teinfaltstraße 7. Chefredaktion und für den Inhalt verantwortlich: Mag.^a Anna Gring, 1090 Wien, Lackierergasse 7, Tel.: 01/405 61 48, Fax: 01/403 94 88, E-Mail: office.ahs@goed.at. Produktion, Konzeption und Anzeigenverwaltung: Modern Times Media Verlagsges. m. b. H., 1030 Wien, Lagergasse 6/35, Tel.: 01/513 15 50. Chef vom Dienst: Vanessa Gazzari. Grafik: Dieter Dalinger. Hersteller: Druckerei Berger, 3580 Horn, Wiener Straße 80. Verlagsort: Wien. Herstellungsort: Horn. DVR-Nr.: 0046655. Namentlich gekennzeichnete Beiträge unterliegen der Verantwortung der Autor:innen. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor. Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben in dieser Zeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Herausgebers und Medieninhabers, der Redaktion oder der Autor:innen ausgeschlossen ist.

Zusammenarbeit zwischen der Personalvertretung und der Direktion

Eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und Personalvertretung (PV) ist Voraussetzung für einen reibungslosen Schulalltag. Klare Kommunikationsstrukturen, regelmäßiger Austausch und im PVG klar definierte Bereiche der Einbindung schaffen Transparenz, stärken das Vertrauen im Kollegium und ermöglichen ein rasches und koordiniertes Handeln bei aktuellen Herausforderungen.



Mag.ª Eva Guserle
Vorsitzende des ZA AHS



gerne für Sie da:
eva.guserle@my.goed.at

Eine im Stundenplan vorgesehene gemeinsame freie Stunde der Personalvertreter:innen ist für einen kontinuierlichen Austausch und zum Besprechen von auftauchenden Problemen sehr empfehlenswert. Auch ein regelmäßiger Austausch mit der Direktion sollte institutionalisiert werden. Darüber hinaus ist eine klare Kommunikationsschiene für einen schnellen Informationsaustausch entscheidend, wenn wirklich rascher Handlungsbedarf besteht. Einvernehmen über die Erreichbarkeit erleichtert die Zusammenarbeit in solchen Fällen. In Konferenzen sollte ein fixer Tagesordnungspunkt für die PV eingerichtet werden, um über aktuelle Themen berichten zu können.

In manchen Situationen ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und PV erforderlich: Bei aktuellen organisatorischen oder persönlichen Anliegen aus dem Kollegium ist die Einbeziehung der Personalvertretung wichtig. Bei plötzlichen Änderungen der

Diensteinteilung (neue Lehrfächerverteilung) oder des Dienstplans (Änderung des Stundenplanes) bei Ausfällen und länger als zwei Wochen dauernden Krankständen hat die Schulleitung das Einvernehmen mit der PV herzustellen. Dasselbe gilt für die Auswahl von Begleitlehrer:innen bei mehrtägigen Schulveranstaltungen.

Die PV hat weiters das Recht, bei der Auswahl von Bediensteten für Fortbildungen oder Lehrgänge mitzuwirken, ebenso bei der Auswahl von QSK-Themen und bei der Gestaltung von pädagogischen Konferenzen. Ein Mitglied der Personalvertretung kann in Konfliktgesprächen auf Wunsch der Schulleitung oder der betroffenen Kolleg:innen eingebunden werden. Hilfreich für das Kollegium ist auch die Weitergabe von relevanten Informationen wie etwa Rundschreiben der zuständigen Fachausschüsse und des Zentralausschusses. Bei Bedarf kann der Dienststellenausschuss auch unter Wahrung der rechtlichen Vorgaben Dienststellenversammlungen einberufen.

Grundsätzlich sei gesagt, dass es im Interesse aller sein sollte, eine gute Kommunikations- und Vertrauensbasis zu haben, sitzen letztendlich doch alle im selben Boot und haben das Wohl der Kolleg:innen und der Schule als gemeinsames Ziel. Derzeit gibt es ja genug Ungemach von Seiten unserer obersten vorgesetzten Dienstbehörde. ■



**GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST
AHS-GEWERKSCHAFT**

1090 Wien, Lackierergasse 7
Tel: 01/4056148, Fax: 01/4039488
E-Mail: office.ahs@goed.at

ZVR-Nr. 576439352
www.oegb.at/datenschutz

Herrn Bundesminister
Christoph Wiederkehr, MA

ministerium@bmb.gv.at

Wien, am 4.3.2026

OFFENER BRIEF AN HERRN BUNDESMINISTER WIEDERKEHR

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Demokratie- und Medienbildung sowie den Umgang mit neuen Technologien wie Künstliche Intelligenz halten wir für sehr wichtig. Die aktuelle Reformdiskussion sorgt allerdings nicht nur für große Unruhe, sondern wirft auch grundsätzliche Fragen zur politischen Vorgangsweise auf. Es entsteht der Eindruck, dass wesentliche Entscheidungen bereits getroffen wurden, bevor ein ergebnisoffener Dialog mit den Betroffenen stattgefunden hat. Informationen gelangen scheinbar über Medien an die Öffentlichkeit. Zentrale Punkte wie Kürzungen bei lebenden Fremdsprachen und schulautonomen Schwerpunkten wurden erst auf Nachfrage bestätigt. Ein transparenter Reformprozess sieht anders aus.

Die Gewerkschaft wurde im Vorfeld nicht eingebunden, zugleich wird öffentlich ihre „konstruktive Mitarbeit“ eingefordert. Wie soll diese gelingen, wenn die Interessensvertretung weder informiert noch ernsthaft beteiligt wird?

Besorgniserregend sind zudem Berichte über das Löschen kritischer Wortmeldungen in sozialen Medien oder die Androhung dienstrechtlicher Konsequenzen bei fachlicher Kritik. Das widerspricht dem demokratischen Selbstverständnis, das Schule vermitteln soll. Demokratie zeigt sich gerade im Umgang mit Kritik – sie wird im Diskurs gelebt.

Umso befremdlicher wirkt es, wenn ein Reformprojekt, das demokratische Kompetenzen stärken soll, selbst als intransparent und dialogarm wahrgenommen wird. Ein solcher Prozess braucht echte Einbindung der Interessensvertretung, ernsthafte Auseinandersetzung mit fachlichen Einwänden und die klare Absicherung der Meinungsfreiheit der Lehrkräfte.

Viele Kolleginnen und Kollegen befürchten statt einer Weiterentwicklung eine strukturelle Schwächung des Gymnasiums. Diese Sorge wird durch den Vorstoß zur Verlängerung der Volksschule auf sechs Jahre verstärkt. Eine Halbierung der Unterstufe bedeutete eine massive Beschneidung zentraler Bildungsphasen – mit absehbaren Auswirkungen auf Niveau, Profilbildung und Vorbereitung auf die Reifeprüfung.

Ich fordere Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, daher auf, den Reformprozess transparent und dialogisch neu auszurichten und konkrete, fachlich fundierte Vorschläge als Diskussionsgrundlage vorzulegen.

Im Namen der AHS-Gewerkschaft

HR Mag. Herbert Weiß
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft

Mag. Herbert Weiß
Vorsitzender der
AHS-Gewerkschaft



gerne für Sie da:
herbert.weiss@goed.at



FOTOS: PAUL BRADBURY/GETTYIMAGES/ISTOCKPHOTO, PHILIPP MONIHART, MANUEL HORN



„Mehrere Stimmen aus der Schulpraxis schlagen vor, zentrale Zukunftsthemen wie KI, Medienbildung und Demokratiebildung nicht als eigenständige neue Fächer zu etablieren, sondern als Querschnittsmaterien in bestehende Gegenstände zu integrieren.“

via schule.at



„Das, was unser Bildungsminister derzeit Woche für Woche von sich gibt, sind in Wirklichkeit lauter Mogelpackungen.“

HR Mag. Herbert Weiß, Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft.

nachgeschlagen

„Der Minister zeigt sich engagiert, aber auf seine Verheißungen wie eine Entbürokratisierung warten die Schulen noch.“

Paul Kimberger, Vorsitzender der ARGE Lehrer:innen und APS-Gewerkschaft.



„Wer demokratische Werte im Bildungssystem stärken will, muss die Lehrpersonen und Schulleitungen sowie deren Vertretungen frühzeitig und ernsthaft in Reformprozesse einbinden, statt sie nachträglich über die Medien zu informieren.“

Mag.^a Eva Guserle, Vorsitzende des ZA AHS.

„Die Lehrplanreform ist gerade im Laufen. So kurz vor dem Finale einen unausgegorenen Vorschlag zu machen, halte ich für falsch.“

HR Mag. Herbert Weiß, Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft zum Thema Sprachkürzungen in den AHS-Oberstufen.

Österreichische Post AG • MZ 03Z035306M • Teinfaltstraße 7, 1010 Wien • nicht retournieren

.....
Name

.....
Straße Nr.

.....
Postleitzahl Ort